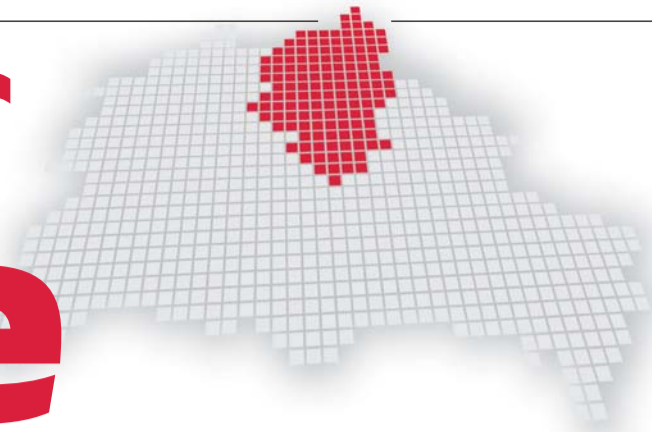


Pankower Stimme



GESAGT. GETAN.
Ein Jahr Rot-Rot-Grün

Eine Bilanz der
fünf SPD-Ressorts
Seite 3

Das Interview mit
Michael Müller
Seite 4

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK

IN KOOPERATION MIT DEM
Berliner Stadtblatt

DEZEMBER 2017



**Liebe Leserinnen
und Leser!**

Ein Jahr rot-rot-grüne Regierung zeigt: Wir stehen für ein lebenswertes, soziales und modernes Berlin. Der Wegweiser unserer Politik sind die Menschen in dieser Stadt.

Eins ist klar: Wir haben noch viel zu tun. Der Sanierungsstau bei den Schulen und den Verwaltungen in Berlin ist enorm. Deswegen haben wir das größte Schulneubau- und Sanierungsprogramm seit dem Fall der Berliner Mauer gestartet. Gleichzeitig stärken wir die Verwaltungen, denn sie sind das Rückgrat unserer Stadt.

Und wir stehen für ein sicheres Berlin für jeden Einzelnen. Sicherheit bedeutet, dass wir mehr Polizei an kriminalitätsbelastete Orte bringen, aber auch die Sicherheit, dass man sich seine Wohnung leisten kann. Wir sorgen dafür, dass es ausreichend bezahlbaren Wohnraum in der Stadt gibt.

Unsere Politik soll das Leben der Berlinerinnen und Berliner leichter machen. Das ist unser Antrieb.

**Ihr
Michael Müller**
Regierender Bürgermeister



Wie hier in Berlin haben in den Wochen nach der Bundestagswahl viele neue und langjährige Mitglieder der SPD auf Regionalkonferenzen über die Neuaufstellung der Partei gesprochen.

Foto: Peer Schroeder - www.hardcopy-press.de

In die SPD? Jetzt erst recht!

Sieben gute Gründe, jetzt Mitglied der SPD zu werden

Unsere Republik gestalten
Parteien sind Vereinigungen von Menschen, die Überzeugungen teilen. Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben daher den Parteien eine starke Stellung eingeräumt. Denn aus dem Engagement von Menschen wird ein Staat aufgebaut. Die SPD hat zwei demokratische Republiken mit aufgebaut: die Weimarer Republik und die Bundesrepublik.

Mehr als Antifaschismus
Die SPD ist eine antifaschistische Partei. Sozialdemokrat*innen gehören zu den Opfern der Faschist*innen: Das zeigen die Anschläge von Rechtsextremen auf SPD-Büros in Berlin oder gegen einzelne Sozialdemokrat*innen in Buch. Die Politik für unse-

ren demokratischen Sozialstaat richtet sich auch immer gegen alle undemokratischen Kräfte.

Freiheit
Freiheit bedeutet für Sozialdemokrat*innen, die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben. Das bedeutet frei zu sein von Diktatur im Staat und von Markt, Klassen-schranken, Entwürdigung, Not und Furcht. Soziale Sicherheit ist dabei die Grundlage, Freiheit überhaupt nutzen zu können.

Gerechtigkeit
Freiheit und gleiche Chancen müssen gewahrt werden, unabhängig von Herkunft und Geschlecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und

Macht. Denn die ungleiche Verteilung dieser Güter teilt unsere Gesellschaft.

Solidarität
Solidarität bedeutet Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie gilt zwischen Stärkeren und Schwachen, zwischen Generationen und Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung.

Mitmischen möglich
Wir diskutieren zusammen und handeln gemeinsam. Wir tragen die Diskussionen aus unseren 13 aktiven Basisgruppen in den Pankower Stadtteilen dank ihrer gewählten Vertreter*innen (Delegierten) auf die Bezirks-,

Landes- und Bundesebene. Unsere Mitglieder sind überwiegend ehrenamtlich tätig.

Bessere Politik
Je mehr Menschen mitmachen, desto vielfältiger und interessanter wird Politik. Je mehr Menschen mitmischen, desto besser finden Erfahrungen und Ideen Eingang in sozialdemokratische Politik – von der Diskussion vor Ort bis hin zu Regierungsentscheidungen. Wir bedienen nicht die einzelnen Interessen kleiner Cliquen. Wir machen Politik für die Vielen in Pankow, nicht die Wenigen! Machen Sie mit! Gemeinsam mit den anderen 2.000 Pankower SPD-Mitgliedern!

Knut Lambertin · Kreisvorsitzender SPD Pankow

IN DIESER AUSGABE

SPD++
Die Partei erneuert sich
Seite 2

SPD: JUNG & WEIBLICH
Eine BVV-Politikerin über Motivation und Ideale, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren
Seite 2

KLAUS MINDRUP, MdB
Klima, Mieten, soziales Engagement
Seite 7

CANSEL KIZILTEPE, MdB
Aufbruch, Durchhalten und politisches Engagement
Seite 8

SCHULZ IST KANZLER
Szenario oder Appell für eine Regierungsbildung?
Seite 8

SPD in Bewegung

Daher sind viele in die SPD eingetreten

Trotz einer verheerenden Wahlniederlage bei den Bundestagswahlen, oder vielleicht gerade deswegen, sind einige Tausend Menschen neu eingetreten.

Diese Bürger*innen wollen den Neuanfang der SPD mitgestalten! Damit dieser Neuanfang gelingen kann, braucht die SPD neue Ideen, Vorschläge und Strukturen, die zum Mitmachen einladen und Spaß machen.

Die SPD braucht Sie! Wir, die Sozialdemokrat*innen im Kreis Pankow, laden Sie ein, bei uns mitzumachen!

Sie möchten nicht gleich Parteimitglied werden? Nehmen Sie Kontakt zu uns auf (siehe Seite 2). Wir senden Ihnen die Termine öffentlicher Veranstaltungen der SPD und natürlich auch die Termine für die Mitgliederversammlungen der SPD-Abteilung in Ihrem Kiez zu.

Wir freuen uns auf Sie – und vielleicht sagen wir bald „Du“ und „Genossin“ oder „Genosse“ zueinander?

Je stärker die SPD wird, desto besser wird sie auch. Mit Ihnen!?

Hendrik J.

Klein anfangen. Großes bewirken!

Sandra Scheeres: „Ich habe einen langen Atem, viele Ideale und große Ziele.“

Ich habe als Jugendliche angefangen, mich politisch zu engagieren. Ich wollte mich für Gerechtigkeit einsetzen.

Bei der Jugendorganisation „Die Falken“ habe ich erste Erfahrungen in der politischen Arbeit gesammelt und habe schnell gemerkt, dass es sich lohnt, im Kleinen anzufangen, um Großes zu bewirken oder zu bewegen. Man kann immer an einigen Stellen etwas erarbeiten und die Situation verbessern. Sich einsetzen bedeutet auch, dass man dran bleiben muss.



Sandra Scheeres ist seit 2011 Senatorin für Bildung, Jugend und Familie

Foto: SPD Berlin / Joachim Gern

Als Senatorin habe ich die Landeskommission gegen Kinderarmut eingesetzt, denn

immer noch lebt jedes dritte Kind in Berlin in Armut. Ich möchte, dass es den Familien

besser geht. Bildung ist dabei ein zentraler Schlüssel, um gar nicht erst in Armut zu geraten.

Gesellschaftliches Engagement aller Menschen ist wichtig. Denn soziales Lernen führt zu demokratischem Handeln. Demokratisches Miteinander kann man lernen und vorleben. Daher setze ich mich für demokratische Beteiligungsformen ein. Das Land Berlin fördert beispielsweise finanziell den Jugend-Demokratiefonds Berlin unter dem Motto „Stark gemacht! Jugend nimmt Einfluss“.

**SAMSTAG FRÜH,
7.00 UHR ...**

... mein Wecker klingelt.

Nur die Außentemperatur ist kleiner als die Uhrzeit. Aufstehen, Duschen, Anziehen. Und dann geht es los.

7.45 Uhr am Amtshaus Buchholz. Der Schnee knirscht unter meinen Füßen. Den Infostand und das Material gepackt.

Punkt 8.00 Uhr stehen wir vor dem REWE. Die Beach-Flag ist aufgebaut. Passanten gehen zum Einkauf. Sie schauen irritiert. „Was macht Ihr denn hier, es ist doch gar nicht Wahlkampf?“ „Nein, wir sind nicht nur im Wahlkampf für Sie da. Wir sammeln hier Ihre Ideen für Französisch Buchholz.“

Nicht jeder bleibt stehen. Nicht jede spricht mit uns. Einige nehmen ein Flugblatt. Andere nicht. Aber sie sehen uns. Wir sind da.

Wer will, kann mit uns sprechen. Nicht nur im Wahlkampf.

Uns ist das die kalten Füße wert. Dir auch?

*Björn
aus Französisch Buchholz*

IMPRESSUM

Pankower Stimme
Wissenswertes aus Berlin
und dem Bezirk Pankow
(Seiten 1, 2, 7, 8)

Herausgeber:
SPD Berlin-Pankow
Kreisvorsitzender
Knut Lambertin (V.i.S.d.P.)
Berliner Straße 30
13189 Berlin
Telefon 030. 96209660
Kreis.Pankow@spd.de

Redaktion:
Birte Darkow
Jens Peter Franke
Knut Lambertin

Satz & Grafik:
Hans Kegel · SPD Berlin

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Demokratie lebt vom Engagement

Was eine junge Frau motiviert, sich parteipolitisch einzubringen

Es gibt zwei Wege, sich den Herausforderungen, der Unzufriedenheit und den Problemen in der Gesellschaft zu stellen: Man kann der Politik eins auswischen, sich seiner bedeutenden Wahlstimme enthalten oder aus Protest populistische Parteien wählen, weil man glaubt, so ärgert man die etablierten Parteien. Man kann aber auch einen anderen Weg gehen und beschließen, sein Glück selbst in die Hand zu nehmen und sich politisch einzubringen. 2013 habe ich mich für letzteres entschieden.

Für mich als Migrantin, deren Eltern Fluchterfahrungen aus einem nicht-demokratischen Land haben sammeln müssen, war nie die Frage, ob ich mich eines Tages politisch einbringen möchte, sondern lediglich, in welcher Partei. Ich habe mich für die SPD entschieden, weil ich die Themen, die mir besonders wichtig sind, In-



Unsere Antwort auf Unzufriedenheit heißt politisches Engagement in der sozialdemokratischen Partei. Foto: B. Darkow

tegration und Migration, am besten und stärksten durch die SPD vertreten sehe.

Natürlich waren in diesen vier Jahren meiner aktiven Mitarbeit auch frustrierende Tage dabei: wenn man trotz

eines 12-Stunden-Wahlkampfes Wahlen verliert oder wenn es einem mit dem Durchbringen eines Anliegens in Form von einem Antrags nicht schnell genug geht. Aber gerade im letzte-

ren Fall lernt man Geduld. Man lernt, warum einige Prozesse so lange brauchen oder warum vermeintlich einfache Fragen und Anliegen nicht so einfach zu lösen sind. Aus Frustration wird so

der kreative Ansporn, genau diesen Problemen lösungsorientiert zu begegnen.

Ich kann mich als Frau nicht darüber aufregen, dass Politik nur von älteren Männern gemacht wird, wenn ich nicht selbst mit meinem Eintreten für eine Veränderung Sorge.

Demokratie lebt von unserem Engagement. Sie lebt von den Debatten, von den Anregungen und der Diskussionskultur. Und egal, wie unzufrieden man auch sein mag: Die Antwort auf Unzufriedenheit kann nie Populismus sein, nie Hass und Ignoranz den etablierten Parteien gegenüber, nie das Abwenden von Politik. Die Antwort auf Unzufriedenheit heißt: konstruktiver Dialog zwischen Bürger*innen und Politik.

*Tannaz F.,
seit 2016 Mitglied der
Bezirksverordneten-
versammlung Pankow*

Kindermilchschnitte für alle

Kinderarmut in Berlin – eine Momentaufnahme

Neulich stand ich morgens an der Kasse eines Discounters. Vor mir turnten drei kleine Kinder, eines davon saß vernügt auf den Schultern des Vaters. Die Mutter war dürr und wirkte verunsichert. Gleichsam war sie ihren Töchtern gegenüber sehr aufmerksam und liebevoll.

Die fünfköpfige Familie kaufte drei Kindermilchschnitten und zwei Eiskaffees im Plastikbecher. 1,39 Euro mussten sie zahlen. Ich stutzte, denn selbst bei einem Discount-Supermarkt können diese fünf Produkte doch nicht so billig sein. Es muss wohl ein Pfand-Bon im Spiel gewesen sein.

Draußen halfen die Eltern ihren Kindern das Papier

der Milchschnitte abzuwickeln. Die Mama fragte das kleinste Kind: „Wie gestern?“ – das Kind nickte.

Und plötzlich wurde mir bewusst: Diese Familie war arm. Die Einkaufsszene, die ich fast voyeuristisch mit angesehen habe, stellte deren Frühstück dar.

Mir wurde sonderbar zumute. Obgleich sich diese Szene im Bezirk Mitte abspielte, ist Armut vorhanden, auch wenn nicht immer sofort sichtbar. Ein paar hundert Meter weiter, im Prenzlauer Berg, kann sich die mit Designer-Stiefeln ausgestattete 45-jährige frisch gebackene Mutter für 1,39 Euro noch nicht mal den Keks zu ihrem Latte Macchiato kaufen.

Armut und Wohlstand treffen in Berlin aufeinander. Kaum irgendwo anders liegen materiell-finanzielle Armut und somit häufig auch fehlende soziale Teilhabe so eng neben chicen Kaffees und Design-Shops.

BD

In Berlin ist jedes dritte bzw. fünfte Kind von Armut betroffen – je nachdem, welche statistischen Zahlen man zugrunde legt. Das Gefühl, arm zu sein, und womöglich ausgegrenzt und gemobbt zu werden, kann man nicht in Statistiken und Zahlen pressen.

Kinderarmut darf in einem reichen Land wie Deutschland nicht sein. Daher steuert die Berliner Landesregierung gegen.

Mehr als 60 Pankower SPD-Mitglieder und Interessierte folgten der Einladung der Pankower SPD-Frauen und der Jusos, der Nachwuchsorganisation der SPD, in die Weißenseer Brotfabrik, um sich SPD++ durch die Initiatoren erläutern zu lassen, mit anschließender lebhafter Debatte.

Die Plattform bietet einen Rahmen, der aber ganz bewusst beweglich bleiben soll. Die Vorschläge betreffen nicht nur Online-Partizipation und die digitale Verbesserung von Organisationsprozessen. In Musteranträgen werden Vorschläge zu mehr Durchlässigkeit in der Gremienarbeit gemacht, Konzepte angeboten zu besserer Gleichstellungsförderung und zu mehr Nutzung interner Potentiale durch Themenforen. Angesprochen werden Gliederungen auf allen Ebenen.

Und Jede/r kann unterstützen. Mehr dazu auf spdplusplus.de.

M. Krahl

SPD++ STELLT SICH IN PANKOW VOR

Nicht als Konkurrenz im Erneuerungsprozess der Bundes-SPD versteht sich die digitale Initiative „SPD++“, so die Initiatoren Henning Tillmann und Verena Hubertz. Aber sie soll die laufende Debatte unterstützen und befeuern.

Wenn sich schnell viele Gliederungen anschließen, könnten auch schon jetzt ein paar Fakten geschaffen werden zu mehr Basisbeteiligung und Transparenz, so Tillmann.

Mehr als 60 Pankower SPD-Mitglieder und Interessierte folgten der Einladung der Pankower SPD-Frauen und der Jusos, der Nachwuchsorganisation der SPD, in die Weißenseer Brotfabrik, um sich SPD++ durch die Initiatoren erläutern zu lassen, mit anschließender lebhafter Debatte.

Die Plattform bietet einen Rahmen, der aber ganz bewusst beweglich bleiben soll. Die Vorschläge betreffen nicht nur Online-Partizipation und die digitale Verbesserung von Organisationsprozessen. In Musteranträgen werden Vorschläge zu mehr Durchlässigkeit in der Gremienarbeit gemacht, Konzepte angeboten zu besserer Gleichstellungsförderung und zu mehr Nutzung interner Potentiale durch Themenforen. Angesprochen werden Gliederungen auf allen Ebenen.

Und Jede/r kann unterstützen. Mehr dazu auf spdplusplus.de.

M. Krahl

„Andere Parteien passen weniger zu mir.“

Marcus aus Pankow-Süd wollte sich politisch engagieren – für ihn kam nur die SPD in Frage

Es war der Sommer 2016. Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus stand vor der Tür, und die Bildungs-senatorin Sandra Scheeres lud zu einem Bürgergespräch bei Kaffee und Kuchen ein.

Ich arbeite in einer Kreuzberger Grundschule als Koordinierender Erzieher. Im Großen und Ganzen bin ich mit dem Berliner Schulsystem zufrieden, doch einige Details können immer verbessert werden. Darüber sollte es bei dem Gespräch gehen.

Die anwesenden SPD-Mit-

glieder waren sehr gut informiert und dazu noch sehr sympathisch. Abschließend lud man mich zu einem lockeren Sommerabschluss-treffen in den Brennerpark ein, denn Politik soll auch Spaß machen.

Das war mein Einstieg in die SPD. Andere Parteien passen weniger zu mir. Die CDU hat mich seit Kohl und spätestens nach der Spendenaffäre sehr enttäuscht. Dass Wolfgang Schäuble Finanzminister war und nun Bundestagspräsident ist, kann ich bis heute nicht fassen.

Die Grünen wollen mir zu viel vorschreiben, und die Politik der FDP kann ich mir mit meiner Gehaltsklasse nicht leisten.

Auch die SPD ist bei Weitem nicht perfekt, aber ich kann mit ihr am besten meine politischen Überzeugungen in die Praxis umsetzen. Seit über 150 Jahren verbessert sie schon die Lebensbedingungen der Menschen in unserem Land. Otto Wels stand im Reichstag gegen Hitler auf. Auch nach dem 2. Weltkrieg wurde die SPD nicht zum Rehabilitationsverein für Alt-Nazis.

Meine Steckenpferde sind Bildungspolitik und Stadtentwicklung. Dass man als so unbekanntes Neumitglied ohne Netzwerk schon so viel bewirken kann, motiviert und fasziniert mich noch immer.

Alle SPD-Genoss*innen duzen sich. Das sorgt für Augenhöhe. Man hört sich zu. Die Entscheider nehmen die Anregungen aus der Bildungspraxis gerne mit oder können gut erklären, warum einiges länger dauert umzusetzen als erhofft.

Für mich sind diese Veranstaltungen Seelenwellness.

Meine Sorgen und Nöte werden gehört und ich sehe, dass Politiker*innen nicht faul oder korrupt sind, sondern hart für die Sache arbeiten. Jeder kann sich in seinen Bereichen einbringen und unseren Alltag ein Stück besser machen.

Mitstreiter*innen sind herzlich willkommen!

*Marcus P.
aus Pankow-Süd*

Sie wollen mehr über die SPD Pankow wissen oder sich engagieren?

So erreichen Sie uns:

Internet:
www.SPD-Pankow.de

E-Mail:
Kreis.Pankow@SPD.de

Telefon:
030 – 9620 9660

Gesagt. Getan. – Ein Jahr Rot-Rot-Grün

Eine Bilanz der fünf SPD-geführten Ressorts

Finanzen



Mit Investitionen in eine gute Zukunft

Nach harten Konsolidierungsphasen können wir jetzt mit Mut und Zuversicht in die Zukunft gehen. Berlin steht vor einem Jahrzehnt der Investitionen. Allein in den nächsten beiden Jahren sollen rund 4,5 Mrd. Euro für ein modernes Berlin investiert werden. Im Sondervermögen „Wachsende Stadt und Nachhaltigkeit“ (SI-WANA) sind 1,16 Mrd. Euro im Topf. Finanziert werden damit unter anderem Sanierungsmaßnahmen am Klinikum Neukölln und am Benjamin Franklin, denn nur in gut ausgestatteten Kliniken können wir die Menschen in Berlin bestmöglich versorgen.

Wir möchten den Alltag der Berlinerinnen und Berliner verbessern: Mit neuen Zügen für die U5, und 50 Mio.

Euro für die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur stehen wir für ein Verkehrskonzept, das allen zu Gute kommt – und das bei sinkendem Schuldenstand.

Eine funktionierende Verwaltung für die wachsende Stadt

Berlin wächst und mit der Stadt wächst die Verwaltung. Die Berlinerinnen und Berliner sind aber auf eine schnelle und effiziente Verwaltung angewiesen. Wir setzen dem jahrelangen Stellenabbau in den Bezirksämtern ein Ende. Im Doppelhaushalt 2018/2019 sind 4.900 zusätzliche Stellen vorgesehen. Die deutlich bessere Personalausstattung bedeutet weniger Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Denn unsere Stadt kann sich Stillstand nicht leisten.

Rot-Rot-Grün bringt die Stadt voran. Wir stehen für eine solidarische, offene und sichere Stadt. Eine Stadt, auf die sich die Berlinerinnen und Berliner verlassen können. Mit dem Jahrzehnt der Investitionen sorgen wir dafür, dass wir auch in Zukunft gut aufgestellt sind. Gute Schulen, eine sichere Stadt, eine funktionierende Verwaltung, bessere Pflege und eine nachhaltige Investition in Forschung und Lehre zeigen, dass die SPD geführten Ressorts sich an ihr Versprechen, Politik für die Berlinerinnen und Berliner zu machen, halten. Mit uns an der Spitze werden wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Mit Mut, Respekt und Verantwortung. Für ein Berlin für alle.



Pflege



Mehr Personal für funktionierende Gesundheitsämter

Wir stärken den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). In den nächsten Jahren werden über 400 neue Stellen geschaffen und die Gesundheitsämter damit personell um 25 % aufgestockt. Damit sichern wir die gesundheitliche Versorgung der Berlinerinnen und Berliner.

Kostenfreies WLAN in Berliner Krankenhäusern

Der Zugang zu WLAN gehört heute zur Grundversorgung wie Strom oder Wasser. Mit unserem Programm für kostenloses WLAN investie-

ren wir in einer ersten Stufe knapp 5 Millionen Euro.

Bessere Beratung, bessere Pflege

Mit der Eröffnung des 36. Pflegestützpunktes in Berlin haben wir die Pflegeberatung in der Stadt ausgebaut. Die Pflegestützpunkte beraten kompetent und kostenlos Pflegebedürftige und betroffene Angehörige über Pflegeangebote, Umbaumaßnahmen in Wohnungen oder Selbsthilfegruppen.

Gleichzeitig wollen wir die Pflegebedürftigen besser in den stationären Pflegeeinrichtungen betreuen. Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte helfen den Pflegebedürftigen.

Bildung

Bessere Schulen für bessere Bildung

Die Schulbauoffensive hat begonnen: Rund 830 Millionen Euro hat die Koalition in diesem Jahr für Schulbau und Schulsanierung zur Verfügung gestellt. Das sind über 180 Mio. Euro mehr als 2016 und damit so viel wie noch nie (35 % mehr als 2016). Allein in den Herbstferien wurde an 250 Berliner Schulen gebaut und saniert. Unsere Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler brauchen Schulen, die Lust auf Lehren und Lernen machen. Gute Lehr- und Lernorte bilden die Basis für eine erfolgreiche Bildungskarriere.



Bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte

Motivierte Lehrkräfte unterstützen und fördern unsere Kinder. Unser Respekt gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern in Berlin zeigt sich auch in der Bezahlung der Grundschullehrkräfte. Denn gerade die Grundschule ist für den weiteren Bildungsweg entscheidend. Berlin ist Vorreiter bei der besseren Bezahlung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer. Als erstes Bundesland sorgen wir dafür, dass sie die gleiche Bezahlung bekommen, wie ihre Kollegen an den Oberschulen.

Größte Budgetsteigerungen, mehr Lehrkräfte und bessere Bezahlung

In den nächsten fünf Jahren erhalten die Berliner Hochschulen durch die Hochschulverträge jedes Jahr 3,5 % mehr Geld. Mit dem Rekordplus von insgesamt 650 Mio. Euro werden bessere Rahmenbedingungen in Lehre und Forschung gesichert. Um den Lehrermangel längerfristig in den Griff zu bekommen, soll die Zahl der Lehramtsabsolventen von derzeit 1.000 bis zum Jahr 2022 auf 2.000 pro Jahr gesteigert werden. Gut 70 Mio. Euro werden in den Ausbau der Ausbildungskapazitäten investiert. Lehrbeauftragte an Hochschulen werden besser bezahlt und der Anteil unbefristeter Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau wird weiter erhöht.

Innovative Forschung und Lehre für bessere medizinische Versorgung

Der Charité-Vertrag 2018-2022 stärkt die Rahmenbedingungen für innovative Forschung und Lehre in der größten deutschen Universitätsklinik und sichert damit die bestmögliche medizinische Versorgung für die

Wissenschaft

Berlinerinnen und Berliner. Mit jährlichen Budgetsteigerungen von 3,5 % erhält die Charité in den kommenden fünf Jahren zusätzlich 114 Mio. Euro. Wie an den Hochschulen steigt der Anteil unbefristeter Verträge beim wissenschaftlichen Personal im akademischen Mittelbau. Um dem dringenden Bedarf an Pflegefachkräften zu entsprechen, richtet die Charité hierfür einen neuen Studiengang ein und erhält im Rahmen des Vertrags insgesamt 7,9 Mio. Euro.

Forschung für die Zukunft

Neue wissenschaftliche Impulse werden gezielt durch Förderung neuer und Ausbau bestehender Forschungskompetenzen geschaffen. Dazu zählt die Digitalisierung, mit dem Einstein Center für Digitale Zukunft sowie dem Deutschen Internet Institut, die Migrations- und Integrationsforschung, die islamische Theologie, die Konflikt-, Friedens- und Terrorismusforschung oder etwa die Erforschung von Alternativen zu Tierversuchen.

Zudem stärken die Hochschulverträge ganz bewusst die Forschungskoooperation zwischen den Hochschulen und die Nutzung von Synergien.

Inneres



Eine sichere Stadt für alle

Die Berlinerinnen und Berliner müssen sich in der Stadt sicher fühlen. Unsere Freiheit ist ohne persönliche und öffentliche Sicherheit nicht denkbar. Der Berliner Senat hat deshalb ein Präventions- und Sicherheitspaket beschlossen, um die Berliner Sicherheitsarchitektur zu überprüfen und wo nötig zu verbessern. 4,7 Mio. Euro stehen etwa für Prävention und Deradikalisierung zur Verfügung. Wir möchten so früh wie möglich Angebote schaffen, um Menschen abzuholen, bevor sie sich radikalieren. Wir sehen hin und helfen.

Polizeipräsenz sichern

Die Berliner Polizei wird weiterhin insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten und Brennpunkten in der Stadt eine erhöhte Präsenz zeigen und mit Barrieren für eine besondere Sicherung sorgen. Auch das Konzept der „Alexwache“ setzt auf eine dauerhafte Polizeiprä-

senz: Hier werden noch vor Weihnachten Beamtinnen und Beamte des Landes und der Bundespolizei zusammen mit dem Ordnungsamt Mitte rund um die Uhr für mehr Sicherheit auf dem Alex sorgen. Auch mit der BVG gibt es eine enge Kooperation: Die gemeinsamen Streifen sorgen für mehr Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr.

Ausstattung der Sicherheitsbehörden stärken

Um die zu schützen, die uns schützen, sorgen wir für eine bessere Ausstattung von Polizei und Feuerwehr. Das umfasst z.B. die Anschaffung und Verbesserung von Schutzwesten, die Ausstattung mit Fahrzeugen, die Modernisierung von Rettungsfahrzeugen, die Schutzausstattung der Feuerwehr, eine moderne Bewaffnung der Polizei, die Einrichtung mobiler Wachen sowie die Verbesserung des Digitalfunks. Dafür werden in diesem Jahr aus dem Haushalt 40,5 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt.

Glühweinduft und Kunsthandwerk

Das sind Berlins schönste Weihnachtsmärkte

Leuchtende Weihnachtssterne, der Duft von Glühwein und edle Handwerkskunst: Weit über hundert Berliner Weihnachtsmärkte locken in diesen Tagen zum Besuch. Alle haben sie ihren eigenen Charakter: die einen glitzernd-rummelig, die anderen traditionell und heimelig.

Weihnachtsmärkte haben in Berlin eine lange Tradition. Zwei Mariengroschen waren 1530 fällig, damit Händler „Honigkuchen und andere Syrupteiggebäcke“ rund um Petriplatz und Molkenmarkt anbieten konnten. Solch mittelalterliche Atmosphäre lebt auch jetzt wieder auf, zum Beispiel auf dem Weihnachtsmarkt auf dem **RAW-Gelände** in Berlin-Friedrichshain (Mo-Do 15 bis 22 Uhr, Fr und Sa 12 bis 22 Uhr, So 12 bis 19 Uhr). Dort, wo die Clubszene zu Hause ist, zeigen im Dezember Töpfer, Schmiede und Holzschneider beim Schein von Fackeln und Feuerstellen ihre Kunst. Dazu gibt es heißen Honigwein und Akrobatik.



Die winterliche Zeltstadt auf dem Gendarmenmarkt lockt auch in diesem Jahr wieder viele Besucherinnen und Besucher an

Foto: Horb

Unweit der Hackeschen Höfe bietet die **Sophienstraße** in Mitte an den Adventswochenenden (Sa 12 bis 20 Uhr, So 11 bis 19 Uhr) eine stimmungsvolle Kulisse für den 22. Umwelt- und Weihnachtsmarkt – mit natür-

lichen und regionalen Produkten sowie Design- und Handwerksarbeiten.

Rund um den **Kollwitzplatz** öffnet an den ersten drei Dezembersonntagen (12 bis 19 Uhr) ein vorweihnachtlicher Ökomarkt. Und

die **Domäne Dahlem** lädt an den Adventswochenenden (11 bis 19 Uhr, Eintritt 3 Euro) wieder zum Bummel und zu Kutschfahrten in ländlicher Umgebung ein.

Der große Markt vor dem kunstvoll angestrichelten

Schloss Charlottenburg ist in diesem Jahr um einen Kinder-Weihnachtsmarkt an der Orangerie mit Eisenbahn und Mini-Achterbahn erweitert (Mo-Do 14 bis 22 Uhr, Fr-So 12 bis 22 Uhr). Malerei, Fotografie und Textilarbeiten sind an den Adventssonntagen auf dem Markt am **Mexikoplatz** (11 bis 19 Uhr) zu finden.

Am **Gendarmenmarkt** ist wieder eine kleine Zeltstadt entstanden, in der es Glühwein, weihnachtliche Delikatessen, Glasbläserkunst und Keramik gibt, untermalt mit weihnachtlichen Klängen auf einer Bühne vor dem Konzerthaus (bis 31. 12., 11 bis 22 Uhr, Eintritt 1 Euro).

An skandinavische Weihnachtstraditionen knüpft der Lucia-Markt im Hof der **Kulturbrauerei** (bis 23. Dezember, Mo-Fr 15 bis 22 Uhr, Sa/So 13 bis 22 Uhr) mit Handwerk, nostalgischem Kettenkarussell und schwedischen Köstlichkeiten an.

Nordisch geht es auch auf dem **Gutshof Schloss Britz** zu (15.-17.12. und 22.-26.12.,

11-21 Uhr (Fr ab 14 Uhr), 24.12. geschlossen, Eintritt 3 Euro). Im Schein des Feuers werden hier Kerzen gedreht und Hölzer gedrechselt.

Für ungewöhnliche und kreative Geschenkideen sorgen die Designer, die ihre Produkte beim „Holy Shit Shopping“ am 16./17.12. in der **Arena** in Treptow (Eichenstr. 4, ab 12 Uhr) anbieten.

Nach dem bedrückenden Attentat am Breitscheidplatz im vergangenen Jahr sind die Sicherheitsvorkehrungen in diesem Jahr verstärkt worden. Betonpoller schirmen die Stände von den Straßen ab. So werden auch die großen kommerziellen Weihnachtsmärkte rund um die **Gedächtniskirche**, in der **Spandauer Altstadt**, am **Alexanderplatz**, die Winterwelt am **Potsdamer Platz** oder der Markt vor dem **Roten Rathaus** mit mittelalterlichen Marktgasen und dem Riesenrad wieder gut besucht sein. *Ulrich Horb*

Alle Märkte im Überblick: www.weihnachteninberlin.de

KURZ NOTIERT

HÖHERE ZUSCHÜSSE FÜR MIETKOSTEN

Ab 2018 werden die Mietzuschüsse für einkommensschwache Haushalte erhöht. Darauf hat sich der rot-rot-grüne Senat verständigt. Konkret geht es um die Mieten von Betroffenen, die den aktuellen Richtwert um nicht mehr als 10 Prozent übersteigen.“

Dazu die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Ülker Radziwill: „Durch die Einbeziehung der in der Single-Hauptstadt Berlin besonders begehrten kleinen Wohnungen unter 40 Quadratmeter sowie der mittleren Wohnlagen sind die Richtsätze der AV Wohnen spürbar angestiegen. Insbesondere für 18.000 Familien und 16.000 Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern bedeutet das, dass sie ihre Miete nicht mehr aus dem Kühlschrank bezahlen müssen.“

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin
und den Bezirken (Seiten 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:
SPD Landesverband Berlin,
Landesgeschäftsführerin Annett Seltz
(V.i.S.d.P.), Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion:
Christina Bauermeister,
Ulrich Horb, Birte Huizing,
Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum,
Ulrich Schulte Döinghaus

Rätseleinstellung: Ulrich Schulte Döinghaus
Satz & Grafik: Hans Kegel - SPD Berlin
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Viel Lärm ums stille Örtchen Das ist typisch Deutsch



Eine City-Toilette am Kudamm Ecke Schlüterstraße Foto: Rosenbaum

Warum es richtig ist, dass der Senat den Betrieb der öffentlichen Toiletten neu gestalten will

Sie gehören seit 1994 zum Berliner Straßenbild: Die 172 City-Toiletten, die vor allem auch durch ihre Werbeflächen auffallen. Schon der vorige Senat von SPD und CDU hatte beschlossen, den Betrieb der öffentlichen Toiletten neu auszusprechen. Allerdings will die CDU nichts mehr davon wissen und alles beim Alten belassen. Und zwar wider besseres Wissen.

Eine Legende sitzt noch immer in vielen Köpfen: Die vom kreativen mittelständischen Berliner Unternehmer Hans Wall, der sich fast schon uneigennützig um die „Stadtmöblierung“ kümmert und moderne WCs an die Stelle versiffter „Bedürfnisanstalten“ gesetzt hat. 1994 machte der Diepge-Senat mit ihm einen Deal: Wall installiert auf eigene Rechnung die Toiletten und darf sie nach Belieben als Werbeflächen nutzen. Inzwischen aber gehört Wall

mehrheitlich die Firma gar nicht mehr, sondern einem französischen Konzern. Und der will nicht offenlegen, was er aufwendet und einnimmt.

Zu den wettbewerbsrechtlichen Bedenken kommt hinzu, dass die City-Toiletten in die Jahre gekommen sind. Bei einer Stichprobe war fast jede vierte Toilette gerade nicht benutzbar. Zudem haben die City-Toiletten eine extrem unterschiedliche Auslastung, was nahelegt, noch einmal über die richtigen Standorte nachzudenken.

Der SPD-Umweltexperte Daniel Buchholz sagt: „Es geht um eine Verbesserung bei der Versorgung mit öffentlichen Toiletten. Die ungleiche Verteilung in den Bezirken bildet den Bedarf nicht ab. Es muss einen erheblichen Zuwachs mit über 100 neuen Standorten geben, folgt man dem Bedarf, den Bezirke und Sozialverbände benannt haben.“

Außerdem sei, so Buchholz, eine Koppelung mit Werbegeschäften laut Kartellamt nicht rechtens.

Noch bis Ende 2018 läuft der Vertrag mit der Wall AG, die selber kein Interesse mehr an einem Weiterbetrieb hat, wenn das Werbegeschäft wegfällt. Im November 2017 wurde der Vertrag neu ausgeschrieben, wenn Anfang 2018 die Vergabe erfolgt, könnte es im Jahr 2019 sogar noch mehr öffentliche Toiletten geben. Die Panikmache der CDU, wonach sich die Bürgerinnen und Bürger in der Übergangszeit in Dixi-Klos zwängen müssten, ist Unsinn.

Es gibt auch die Option, dass der Senat die Wall-Toiletten kauft. Bisher gehen jedoch die Vorstellungen über den Kaufpreis noch auseinander. Und selbst wenn es zwischen Abbau der alten und der Errichtung neuer Toiletten zu einer Verzögerung kommen sollte, gibt es bessere mobile Lösungen als Dixi-Klos.

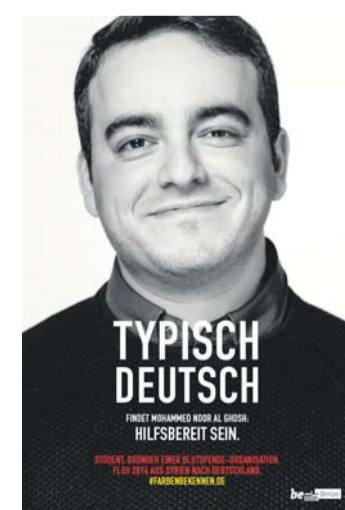
Auf eines hat sich der Senat bereits festgelegt: Die Benutzung wird auch künftig nur 50 Cent kosten und für Behinderte gratis sein – sie erhalten einen speziellen Schlüssel. Den Senat kostet der Betrieb einige Millionen Euro im Jahr, aber die künftigen Betreiber würden Einnahmen abführen und die Werbeflächen werden getrennt vergeben – auch diese Einnahmen wandern in die Staatskasse.

Ulrich Rosenbaum

Engagierte Geflüchtete berichten, was für sie Deutschland ausmacht

In einer neuen Plakatkampagne des Berliner Senats bekennen Geflüchtete Farbe, die in Berlin eine neue Heimat gefunden haben und sich aktiv für andere und das gemeinsame Zusammenleben engagieren.

Initiatorin der Kampagne ist die Berliner Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement Sawan Chebli (SPD). Sie erklärt: „Ich habe in den letzten Monaten viele engagierte Geflüchtete getroffen, die alle eins gemeinsam haben: Sie haben ihre Heimat verlassen und eine neue in Berlin gefunden.“



Noor al Ghosh rief eine Blutspende-Aktion nach dem Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz ins Leben.

Foto: farbenbekennen.de

Und dieser neuen Heimat fühlen sie sich verpflichtet.“

Acht Geflüchtete zeigen auf den Plakaten ihr Gesicht und erzählen zum einen ihre Erfolgsgeschichte und zum anderen, was für sie typisch Deutsch ist. Ziel dieser Kampagne ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass Geflüchtete nicht nur „nicht integrierbar“ sind, sondern auch Verantwortung übernehmen und der Gesellschaft durchaus etwas zurückgeben können und mitunter schon haben. So wie etwa Mohammed Noor al Ghosh, der Hilfsbereitschaft für typisch Deutsch hält und nach dem Anschlag am Breitscheidplatz unter Geflüchteten zum Blutspenden aufrief.

Chebli ruft auch die Berlinerinnen und Berliner auf, sich zu bekennen – und zwar gegen Hass und Hetze. Auf der neuen Website www.farbenbekennen.de kann sich jeder informieren, ein Social-Media-Wettbewerb fordert die Hauptstadtbewohner auf, zu erzählen, was sie für typisch deutsch halten. Entstehen soll ein Mosaik aus vielen Menschen, die sich helfen und sich einander verpflichtet fühlen.

SB

Vom Beton der Stasi verschont

Verein »Berliner Unterwelten« baut Besuchertunnel an der Bernauer Straße

Am Ende fehlten nur wenige Meter, bis die Tunnelgräber 1971 die Brunnenstraße nach mehr als 100 Metern Tunnellänge und mehr als neun Monaten Grabungszeit den Ostteil Berlins erreicht hätten. Nur wenige Meter trennten die Fluchthelfer von den Menschen, denen sie ein Leben in Freiheit ermöglichen wollten.

Doch anders als frühere Tunnel konnten die Westberliner Hasso Herschel und Ulrich Pfeifer diesen nicht fertigstellen. Die Stasi kam ihnen kurz vor dem Ziel auf die Schliche. Was beide nicht wussten: Bereits im Mai 1970 hatte die Stasi entlang der Bernauer Straße ein Tunnelortungssystem installiert mit Mikrofonen zur Geräuschortung. Und so war es nur eine Frage der Zeit, bis die Stasi mithilfe von Ultraschallgeräten herausbekam, wo sie graben musste.

Im Februar 1971 wurde

die Stelle im Todesstreifen vom VEB Spezialtiefbau aufgegraben und der Tunnel größtenteils mit Beton verfüllt. Von der anderen Seite der Mauer konnten Hasso Herschel und Ulrich Pfeifer von einem Podest an der Bernauer Straße nur hilflos zuschauen.

Doch da der Tunnel horizontal in Richtung Brunnenstraße verlief, wurde das östliche Ende vom Beton der Stasi verschont.

Genau dieses Ende ist es, was der Verein Berliner Unterwelten nun durch einen neu entstehenden Besuchertunnel kreuzen will. Für den Vorstandsvorsitzenden des Berliner Unterwelten e.V., Dietmar Arnold, ist der Bau des 30 Meter langen Besuchertunnels das „aktuell wichtigste Vereinsprojekt“. Erstmals werde damit ein noch erhaltener Fluchttunnel für die Allgemeinheit sichtbar gemacht. Seinen Ausgangspunkt wird der



Damalige Fluchthelfer Ulrich Pfeifer (l.) und Hasso Herschel (r.)

Foto: Bauermeister

Tunnel im Keller der früheren Oswald-Berliner-Brauerei an der Brunnenstraße 143 haben. Dort lagern bereits einige Dutzend der insgesamt 360 Fertigbeton-

Segmente, die die Vereins-Ehrenamtlichen mit fachmännischer Hilfe in den kommenden Monaten verbauen werden. Gegraben wird dabei so wie im Jahr

1971: manuell. High-Tech-Geräte, die die unterirdischen Arbeiten erleichtern oder beschleunigen würden, kommen nicht zum Einsatz. Mit einem dreiviertel Jahr

Bauzeit rechnet Dietmar Arnold ungefähr. Im Sommer 2018 soll der Tunnel fertiggestellt sein. Die Baukosten belaufen sich auf rund 200.000 Euro.

Die Bernauer Straße an der Grenze zwischen den Ortsteilen Gesundbrunnen und Mitte war ein Brennpunkt für Tunnelflüchten von Ost- nach West-Berlin. Auf einer Streckenlänge von nur 350 Metern wurden die Grenzsperranlagen dort sieben Mal untertunnelt.

C. Bauermeister

Berliner Unterwelten e.V.
Brunnenstr. 105
13355 Berlin

Dezember bis Februar:
Do bis Mo 10 bis 16 Uhr,
Di und Mi 10 bis 14 Uhr

Geschlossen:
23. bis 26. Dezember 2017,
1. Januar 2018

Tickets über www.reservix.de
oder am Ort der Tour
www.berliner-unterwelten.de

Ernst Reuter als Sowjetkommissar

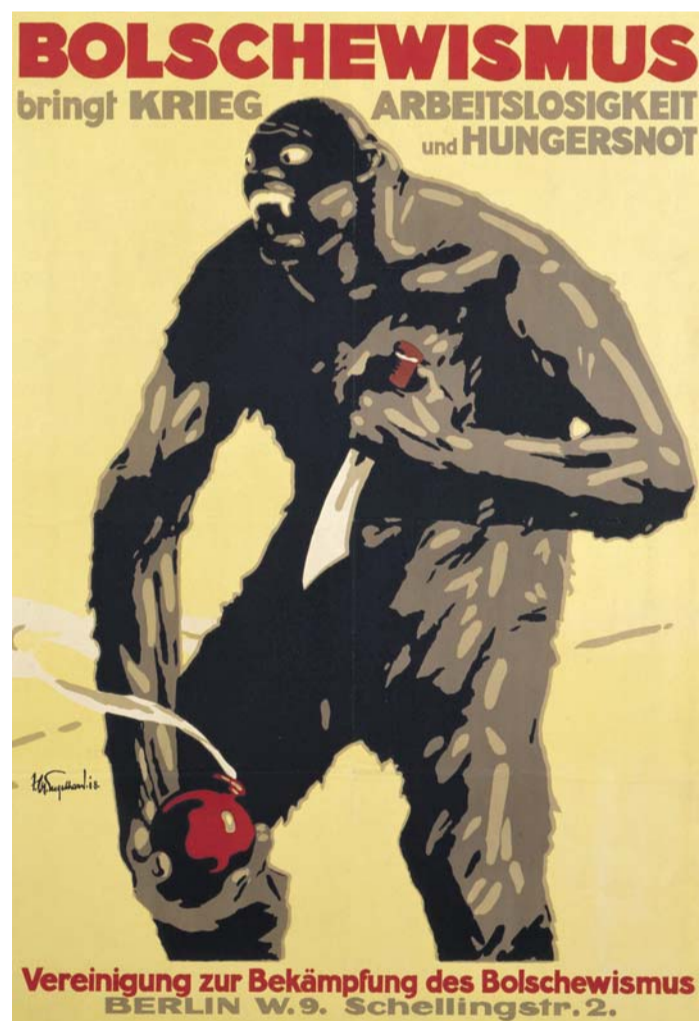
Ausstellung über den Einfluss der Russischen Oktoberrevolution

„Wenn als Erbe der bankrotten Staatsgewalt nicht ein demokratisches, sondern ein diktatorisches Regime auftritt, verschlimmert es die Situation, da es den Bürgerkrieg zur notwendigen Folge hat. Die Diktatur der unteren Schichten ebnet den Weg für die Diktatur der Säbel.“ Das formulierte der sozialdemokratische Theoretiker Karl Kautsky (1854 bis 1938) in seiner berühmten Schrift „Die Diktatur des Proletariats“, die er 1918 unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution herausgab.

Das Werk ist eine ebenso kluge wie beherzte Abrechnung mit den „bolschewistischen Genossen“ (Kautsky), die Russland zu der Zeit mit einem Bürgerkrieg überzogen, der zwischen acht und zehn Millionen Opfer forderte.

Ein Exemplar von Karl Kautskys Abrechnung mit der „Diktatur der Säbel“ ist in einer der Glasvitrinen ausgelegt, die zurzeit in einer Jubiläums-Ausstellung zu 100 Jahren Oktoberrevolution im Deutschen Historischen Museum zu sehen ist. Dort sind über 500 Exponate von mehr als 80 internationalen Leihgebern ausgestellt, darunter Gemälde, Plakate, Porzellan, Statuen, Uniformen, Alltagsgegenstände und Fotografien.

Eine Aufnahme zeigt den späteren Berliner Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter als jungen Soldaten im Ersten Weltkrieg. In rus-



Julius Ussy Engelhard, Bolschewismus bringt Krieg Arbeitslosigkeit und Hungersnot, Plakat der Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus, 1918

© Deutsches Historisches Museum

sischer Gefangenschaft wurde Reuter zum überzeugten Kommunisten und avancierte unter den Bolschewiki gar zum Volkskommissar. Zurück in Deutschland rückte Ernst Reuter mehr und mehr von der KPD ab und fand 1922 wieder zur Sozialdemokratie zurück.

Der Lebensweg des jungen Reuter zeigt beispielhaft, wie fasziniert große Teile auch der deutschen Arbeiter-

klasse – zumal Intellektuelle – von der Dynamik und Wucht der Revolution in Russland waren. Ihr Höhepunkt war die Machtübernahme durch Wladimir Iljitsch Lenin. Dieser gilt als Staatsgründer der Sowjetunion, die er 1922 auf dem Blut der Bürgerkriegsopfer formierte.

Auch wenn sozialdemokratische Theoretiker wie Karl Kautsky immer wieder an das marxistische „Gesetz“

erinnerten, dass „Revolutionen sich nicht machen lassen können, sondern dass sie aus den Verhältnissen entspringen“, machten sich auch in West- und Süd-Europa (nicht nur) Kommunisten daran, dem russischen Vorbild nachzueifern.

In Deutschland wurden Arbeiter- und Soldatenräte installiert, die bald scheiterten – trotz reger Unterstützung durch die russische Botschaft in Berlin für den kommunistischen Spartakusbund unter Leitung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dafür sind interessante Belege in der Revolutionsausstellung zu studieren – aber auch großartige, mitreißende Werke jener Kulturepoche.

Sie zeigen, dass die Russische Revolution von 1917 wahrscheinlich das erste Ereignis der Menschheitsgeschichte war, in dem die neue und wirkmächtige Massensprache der Filme, Fotografien und Plakate eine buchstäblich revolutionäre Rolle spielte.

Uli Schulte Döinghaus

„1917. Revolution.
Russland und Europa“

Öffnungszeiten:
täglich 10 bis 18 Uhr,
Eintritt bis 18 Jahre frei,
Tagesticket 8 Euro,
ermäßigt 4 Euro

Deutsches Historisches
Museum, Unter den Linden 2,
10117 Berlin
Telefon 030. 20304-0
E-Mail: info@dhm.de
www.dhm.de/ausstellungen

Netz und Demokratie

10 Wege aus der digitalen Unmündigkeit

Die Digitalisierung hat mit Industrie 4.0 nicht nur die Wirtschaft erobert, sondern auch den Politikbetrieb: Hackerangriff auf den Bundestag, politische Kompromittierung mit gehackten und veröffentlichten E-Mails, Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Fake News und Social Bots, d.h. mit computergenerierte anonyme Meinungsäußerungen im Internet, usw. Vor Jahren war dies noch als überzogene Apokalypse eingeschätzt worden. Nun ist es zur Realität geworden.

Aleksandra Sowa analysiert in ihrem Buch die politische Dimension der Digitalisierung und die damit verbundenen Konsequenzen. Sie spannt einen großen Bogen von Big Data Mining, der Datensammlung, bis zur Nutzung der Digitalisierung durch politische Organisationen einschließlich der Parteien. Dabei erinnert sie u.a. an das Experiment des virtuellen Ortsvereins in der SPD.

Sie spürt der Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von den Parteien nach, den Trends zu vermeintlich demokratisch anmutenden Willensäußerungen via Internet. Für die Demokratie ist es durchaus überlebenswichtig, ob scheinbar neutrale Zahlenwerke tatsächlich politische Aussagekraft besitzen. Mit Blick auf die USA wird die Computerisierung mit Wahlautomaten infrage gestellt. Die Autorin, die im Datenschutz eines

großen Technologiekonzerns tätig ist, skizziert sachkundig die aktuelle Problemlage. Sie kennzeichnet die Schwachstellen der digitalen Entwicklung und bietet denkbare Lösungsmöglichkeiten.

Sowa plädiert für mehr Aufklärung, vor allem für mehr Selbstverantwortung der Nutzer der digitalen Welt. Sie sieht die Notwendigkeit, konkrete Rahmenbedingungen und politische Leitplanken für die Digitalisierung zu schaffen. Zuweilen liest sich das Buch wie eine atemlose Parforcejagd durch das Thema, das eine große Bandbreite ausweist und leider an vielen Stellen wünschenswerten Tiefgang vermissen lässt.

Gunter Lange



Aleksandra Sowa,
Digital Politics,
So verändert das Netz die Demokratie,
Verlag J.H.W. Dietz
Nachf., Bonn,
180 Seiten, 2017, 12,90 €,
ISBN 978-3-8012-0508-9

Bankkonto: Richtig sparen

Die Kontoführung ist so teuer wie nie – noch gibt es kostenlose Alternativen

Die Entwicklung bei Banken und Sparkassen wird für Kundinnen und Kunden unerfreulicher. Filialen werden geschlossen, Serviceleistungen reduziert und Gebühren erhöht.

Alles kam ins Rutschen, als die Postbank vor zwei Jahren auf einmal fast neun Euro Kontoführungsgebühren pro Monat von allen verlangte, die nicht mehr als 3.000 Euro monatliches Einkommen haben. Das Berliner Stadtblatt hat sich für Sie umgeschaut und ausprobiert, welche Banken für wen infrage kommen.

Die wichtigste Frage: Brauche ich noch eine Bank mit Schalter-Service? Die klassischen Regionalbanken in Berlin lassen sich das gut bezahlen. Die Stiftung Warentest hat genauer hingeschaut. Bei der Berliner Sparkasse bezahlt man je nach Kontomodell von 44 bis zu 124 Euro im Jahr für die Kontoführung. Bei der Volksbank Berlin sind es zwischen 70 und 200 Euro. Dabei sind die Zeiten der „Bank um die Ecke“ nicht mehr das, was sie mal waren: Beide Berliner Banken haben reihenweise Filialen geschlossen und nur noch Bankautomaten übriggelassen.

Als regionale Bank zählt zudem die Sparda-Bank Berlin. Hier muss man jedoch – ebenso wie bei der Volksbank – einen Genossenschaftsanteil zeichnen sowie 700 Euro Mindesteinkommen haben.



Diese Sparkassen-Filiale am Steglitzer Damm wurde vor kurzem geschlossen.

Foto: Rosenbaum

Auch überregionale Institute wie Deutsche Bank oder Unicredit Hypovereinsbank sind und waren schon immer teuer. Die Commerzbank, die eine Reihe von Filialen in Berlin unterhält, bietet dagegen ein kostenloses Konto ab 1.200 Euro Monatseinkommen; die Santander Bank, die ebenfalls mehrere Filialen betreibt, sogar eine kostenlose Kontoführung ohne Bedingungen.

Die Krise der Banken ist zum einen auf die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank und andererseits auf die Digitalisierung zurückzuführen. Immer mehr Menschen führen ihre Konten nur noch online. Wem das reicht, für den sind

vor allem zwei Banken unschlagbar günstig: Die DKB und die Ing-DiBa, die aus der Fusion der gewerkschaftseigenen DiBa mit der niederländischen Ing-Bank entstanden ist. Bei beiden ist nicht nur das Konto kostenlos: Neben der Giro- ist auch die Visa-Card gratis, mit der man an allen Automaten – egal welcher Bank – gebührenfrei Bargeld abheben kann. Die Ing-Diba hat für größere Barbeträge auch in Berlin ein paar Dutzend „stumme Filialen“, also eigene Automaten an Tankstellen und in Einkaufszentren. Weitere günstige Online-Banken sind Comdirect und die Consumer Bank von Santander sowie

die Norisbank und die Consorsbank.

Ein Kriterium sind für nicht wenige Bankkunden die Überziehungszinsen. Deren Spanne reicht derzeit von 6,50 Prozent bei der Comdirect bis zu stolzen 11,66 Prozent bei der Sparda-Bank Berlin.

Fazit: Wer keinen Schalter-Service braucht, ist mit Comdirect, DKB und Ing-DiBa gut bedient, wobei die Ing-DiBa den besseren Bargeld-Service bietet. Wer gelegentlich persönlichen Service wünscht, ist bei der Santander Bank oder – bei ausreichendem Einkommen – der Commerzbank am besten aufgehoben.

U.R.

Schneeflocke wird Pflicht

Ein gezacktes Dreieck mit einer Schneeflocke: Wer neue Winterreifen kauft, sollte auf dieses Symbol achten. Denn ab 1. Januar 2018 reicht die Bezeichnung „M+S“ nicht mehr aus, das neue Alpine-Symbol wird Pflicht. Vorhandene Winterreifen müssen jedoch nicht sofort ersetzt werden.

Bei den Reifenprofilen und Materialien wurde für die Erlangung des Kennzeichens nicht viel geändert.

Man kann weiterhin mit den M+S-Reifen im Winter fahren. Ab dem 1. Januar gilt das Alpine-Symbol nun eben für alle Hersteller verpflichtend, vor allem für die, die ihre Reifen im Internet anbieten.

Besonders für Lkw und Kleintransporter ist die neue Regelung wichtig. Gerade der zunehmende Schwerlastverkehr erfordert im Winter bei überfrierender Nässe oder Schneematsch mehr Sicherheit auf der Straße. SB

Änderungen beim Mutterschutzgesetz

Das neue Mutterschutzgesetz ist zum Teil schon 2017 in Kraft getreten – einige Änderungen gelten erst ab Anfang 2018.

Die Schutzfrist von sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt des Kindes gilt künftig auch für Schülerinnen und Studentinnen. Sie werden in dieser Zeit von Pflichtveranstaltungen befreit.

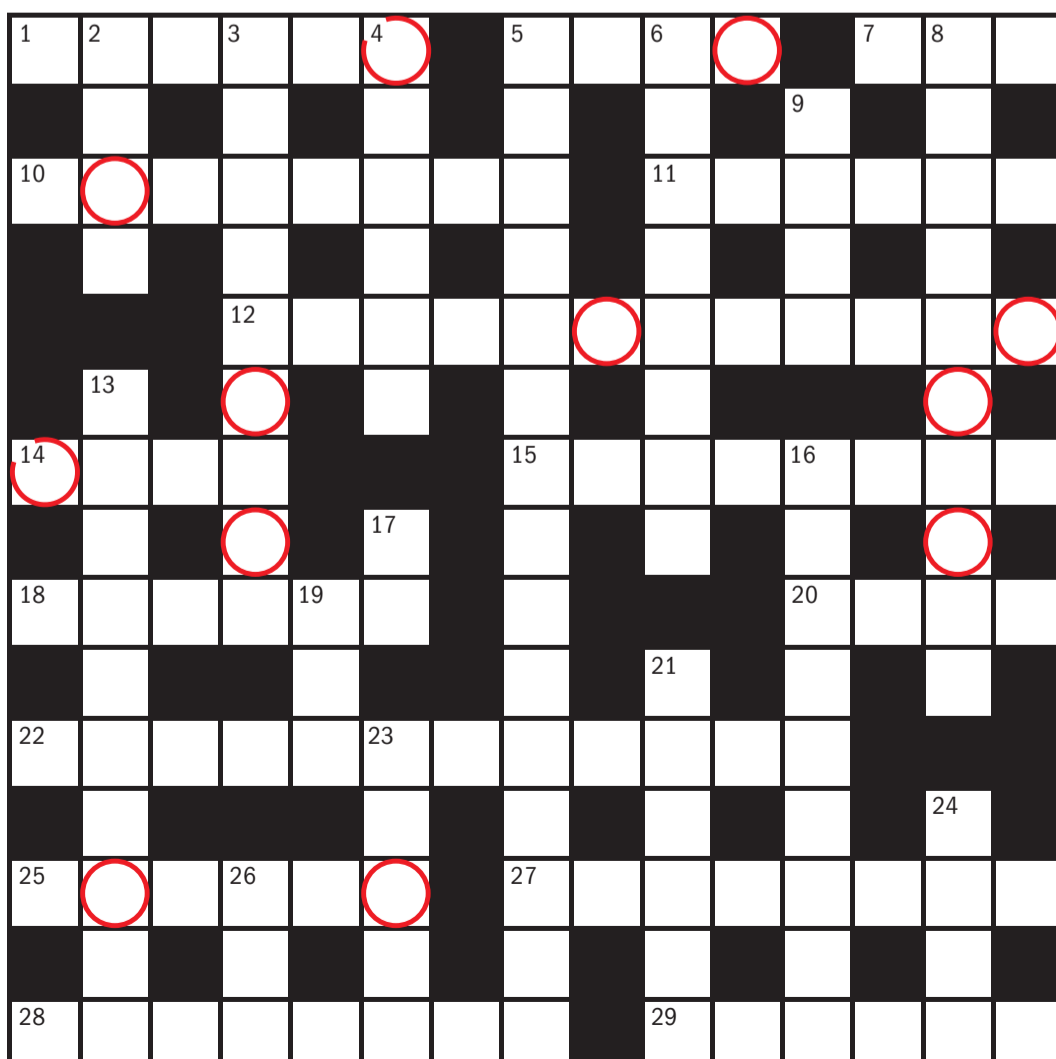
Um den Arbeitsschutz zu verbessern, müssen Arbeitgeber künftig für jeden Arbeitsplatz eine Gefährdungsbeurteilung erstellen – unabhängig davon, wer dort arbeitet und ob eine Mitarbeiterin schwanger ist. Es wird jeweils überprüft, ob hier besondere Schutzbedürfnisse für schwangere oder stillende Frauen bestehen. Zusätzlich sollen vertiefte Gefährdungsbeurteilungen für den individuellen Arbeitsplatz der betreffenden Mitarbeiterin vorgeschrie-

ben werden. Bislang gilt das nur für Arbeitsplätze, an denen mit möglicherweise belastenden chemischen, biologischen oder physikalischen Stoffen gearbeitet wird.

Das Gesetz sieht auch ein allgemeines Beschäftigungsverbot für werdende Mütter vor, die Arbeiten in einem vorgegebenen Zeittempo erledigen sollen. Derzeit ist nur die Beschäftigung von Schwangeren für Fließband- und Akkordarbeit ausgeschlossen und das Arbeiten in einem langsameren Zeittakt erlaubt.

Neu ist auch, dass die Regelungen zur Mehr- und Nacharbeit branchenunabhängig gefasst werden und Frauen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung der Arbeitszeit bekommen. Außerdem gilt zukünftig für Frauen, die nach der zwölften Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt haben, ein Kündigungsschutz. SB

Berliner Preisrätsel



ZU GEWINNEN SIND 5 BÜCHER ZUR BERLINER GESCHICHTE

WAAGERECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- 1 Niente, nada, nichego
- 5 Spiel zu dritt mit Ansage
- 7 legendäres Scheuermittel
- 10 gründlich
- 11 Verbindung zwischen Knochen
- 12 sicher rollen bei Nässe und Schnee
- 14 Schneebretter, altmodisch
- 15 Okay nach Testersfolg
- 18 freud- und lieblos
- 20 Ackertier
- 22 wann kommst du geschneit? (2)
- 25 ausgezeichnet
- 27 opernreif überschwänglich
- 28 wieder zu Kräften kommen
- 29 südpazifische Traumregion

SENKRECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- 2 stachliger Winterschläfer
- 3 Umfang, oft mit Sorgenmaß
- 4 ungeliebtes Nutztier
- 5 wann kommst du geschneit? (1)
- 6 Nordafrikaner
- 7 Herausragendes Fremdwort
- 8 im Lied trägt er Blätter, in Wirklichkeit nicht
- 9 gegossene Weissagung
- 13 Uhu, ganz in Weiß
- 16 haben Radfahrer immer
- 17 Präposition
- 19 selten
- 21 lat. Bries
- 23 Wellness gegen trockene Haut
- 24 dort stand Nante meist herum
- 26 Vorläuferin des Euro

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben die wunderbar poetische Beschreibung eines astronomischen Phänomens, das schon Annette Humpe und Adel Tawil zu einem Song inspiriert hat.

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.12.2017 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 5 Bücher zur Berliner Geschichte.

DAS LÖSUNGSWORT
aus der letzten Ausgabe:
KANZLERAMT
Die Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

Die SPD erneuern

Die Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe fragt: Wie schaffen wir eine SPD++?

Über Monate haben wir und zahlreiche engagierte und motivierte SPD-Genoss*innen aus den Abteilungen gemeinsam mit den Jusos sowie vielen ehrenamtlichen Bürger*innen auf der Straße und an den Haustüren für jede Stimme gekämpft. Gemeinsam haben wir allein an insgesamt an über 5.000 Türen geklopft! Nochmals danke für eurer Vertrauen und Euren engagierten Wahlkampf!

Der starke Wahlkampf hat jedoch nicht die Wahlniederlage der SPD verhindern können. Das Wahlergebnis am 24. September war für uns alle niederschmetternd. Sowohl im Bund als auch bei mir im Wahlkreis haben wir auf ein besseres Ergebnis gehofft. Umso enttäuschender war für uns alle der Wahlausgang. Nun geht es darum, mit dieser Niederlage umzugehen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Wir haben eine schwere Wahlniederlage erlitten und das historisch schlechteste Wahlergebnis der SPD seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland eingefahren. Das ist nicht zu beschönigen und bitter für die gesamte Partei.

Gerade mit Blick auf die Erfahrungen unserer sozialdemokratischen Schwesterparteien in Europa muss uns allen klar sein: Es geht jetzt um nicht weniger als um die Existenz der deutschen Sozialdemokratie und ganz besonders um den Kampf gegen Rechtspopulisten wie die der AfD, aber auch der vielen anderen rechten Parteien in Europa.

Die SPD benötigt daher eine schonungslose Wahlanalyse und eine grundlegende Reformdebatte. Wir müssen unser linkes Profil schärfen, das haben die letzten drei Wahlen gezeigt. Dafür brauchen wir dich! Wir müssen mit dir und alle



Cansel Kiziltepe, MdB

Foto: Benno Kraehahn

zusammen genau überlegen wie wir uns inhaltlich und organisatorisch neu aufstellen. Ich meine, dass die beiden Initiativen SPD++ und #SPD erneuern sehr interessante Debattenbeiträge dar-

stellen, über die es sich intensiv zu diskutieren lohnt. Wir müssen uns Fragen stellen, z.B. wie die SPD wieder Vertrauen und Glaubwürdigkeit (zurück-)gewinnen kann? Wie kann ein Verjün-

gungsprozess aussehen? Wie kann das Engagement und Beteiligung gefördert werden? Welche Möglichkeiten bieten dabei digitale Beteiligungsformen?

Ich werde mich aktiv daran beteiligen, dass in den kommenden Wochen und Monaten ebenenübergreifend und gemeinsam eine breite Diskussion über die Zukunft unserer Partei angestoßen wird. Innerhalb der Bundestagsfraktion werde ich mich in den kommenden vier Jahren aktiv an einem Erneuerungsprozess in der Opposition beteiligen. Dabei ist die SPD auf eure Mitarbeit und euer Engagement angewiesen.

Werdet aktiv und befeuert die Debatte mit euren Ideen und Initiativen!

*Cansel Kiziltepe,
Mitglied des Bundestages für
den Wahlkreis Kreuzberg,
Friedrichshain und
Prenzlauer Berg Ost*

KLIMAPOLITIK

MOTOR FÜR DIE WIRTSCHAFT

Im November fand die Weltklimakonferenz in Bonn statt: die COP23. Vertreter*innen aus 195 Staaten kamen zusammen, um weitere Schritte für den weltweiten Kampf gegen den Klimawandel zu vereinbaren.

Ich habe für die SPD-Bundestagsfraktion an der Konferenz teilgenommen. Wir haben im Deutschen Bundestag dafür gesorgt, dass Transparenz über die Erreichung der Klimaziele in Deutschland herrscht. Klar ist: Wenn wir unsere Anstrengungen nicht deutlich erhöhen, werden wir die Ziele verfehlen. Die Zukunft liegt in klimafreundlichen, treibhausgasneutralen Energien – auch wirtschaftlich. Denn die ökologische Transformation wird uns in zukunftsweisenden Technologien in eine Vorreiterposition bringen. Damit können über kommende Jahrzehnte hinweg gute Arbeitsplätze gesichert werden. Durch den Ersatz von importierten fossilen Energien durch Erneuerbare Energien und Effizienz steigern wir die Wertschöpfung in unserem Land. Wir brauchen daher mehr Investitionen in Erneuerbare Energien, die Förderung von Speicher- und Batterietechnik sowie eine Verkehrswende.

Klimapolitik ist Motor für eine gute wirtschaftliche Entwicklung – auch in Berlin. Mit dem Mieterstrom zeigen wir, dass Klimaschutzpolitik auch sozial ist.

In Bonn habe ich mich besonders über die Begegnung mit den progressiven Klimaschützer*innen aus den US-Bundesstaaten gefreut, die sich bewusst gegen den Klimawandelleugner Trump stellen.

Klaus Mindrup, MdB

WARUM ICH IN DIE SPD EINGETRETEN BIN

Ich bin Mitte 40 und sympathisiere schon mein ganzes Erwachsenenleben mit der SPD, hatte aber bisher den Schritt nicht gemacht, in die Partei einzutreten. Warum also jetzt – nach den Bundestagswahlen 2017?

Es erschreckt mich, wie viele Menschen die AfD gewählt haben, und ich möchte mit meinem Eintritt in die SPD ein Zeichen dagegen setzen.

Ebenso finde ich es schlimm, wie viele Länder in Europa nach rechts gerückt sind. Ich bin im multikulturellen Wedding aufgewachsen, meine Freunde kommen aus unterschiedlichen Ländern und haben unterschiedliche sexuelle Orientierungen. Für diesen bunt gemischten Freundes-

kreis möchte ich etwas gegen den Rechtsruck in Deutschland und Teilen von Europa machen. Und für die Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen, egal welcher Herkunft, egal ob hetero- oder homosexuell, möchte ich mich ebenfalls einsetzen.

In der SPD sehe ich hierzu eine Chance, dass sich etwas bewegt, ebenso dass sich etwas bei sozialen Themen, wie z.B. Altersarmut, Mieten, ändert. Und es gibt noch viele andere Themen, bei denen ich auf die SPD setze.

Ich freue mich dabei zu sein – mit anpacken und hoffentlich etwas bewegen zu können!

*Kerstin A.,
Neumitglied
seit Oktober 2017*

Viel Geld verdienen?

Ein Rückblick auf 27 Jahre SPD-Mitgliedschaft

Im Januar 1990, mit 21 Jahren, trat ich den Sozialdemokraten in der DDR bei. Ich habe vielfältige Erfahrungen gemacht.

Ich versuchte in den 80er Jahren über alle verfügbaren Medien, mich über westdeutsche Politik und die SPD zu informieren und fühlte mich der Partei von Willy Brandt, Helmut Schmidt und damals Oskar Lafontaine sehr nah.

Der Schritt zum Parteieintritt fiel mir nicht leicht. Aber ich wollte mich im Wahlkampf engagieren, sowohl gegen die Fortsetzung der SED-Regierung als auch gegen den von mir befürchteten Rechtsschwenk über die dann CDU-geführte Allianz für Deutschland.

Da ich im Osten Mitglied wurde, lernte ich die SPD zunächst als eine kleine Partei kennen. Umso größer und unübersichtlicher schien sie mir dann nach der Vereinigung zu sein – und ich verstehe, wenn es auch Neumitgliedern heute so geht.

Obwohl ich Politik studierte, habe ich keine Parteikarriere angestrebt. In den 27 Jahren konnte ich so manche Enttäuschung zwar nicht abwenden – aber ich habe gelernt, damit umzugehen.

In einer Volkspartei, wie sie die SPD immer noch ist, kann man Menschen unterschiedlicher Herkunft, Qualifikationen und Erfahrungen kennenlernen. Ich

stehe der Politik und den Positionen der SPD näher als anderen Parteien. Vieles ist innerparteilich aber noch im Prozess und kann sich wandeln. Mir wäre es daher unheimlich, wenn jemand meint, zu 100% alle Parteipositionen zu teilen.

Wer selbst konkrete politische Anliegen aktiv durchsetzen will, muss Überzeugungswillen, Ausdauer und Kompromissbereitschaft mitbringen. Qualifikation, Menschenkenntnis und Lebenserfahrung schaden ebenso wenig wie auf realistische Ziele zu setzen.

Wer allerdings schnell viel Geld verdienen will, ist in der Politik falsch – zumindest in der SPD.

M. Neumann

Die SPD muss weiblicher werden

Das Frauen-Mentoring-Programm 2017 der SPD Pankow

Der SPD Pankow ist es wichtig, mehr Frauen für die Arbeit in der Partei zu begeistern. Daher findet in regelmäßigen Abständen ein Mentoring-Programm für Frauen statt.

Organisiert wird das Programm von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, kurz ASF. Die ASF ist die Arbeitsgemeinschaft der SPD, der alle weiblichen Parteimitglieder angehören. Die Frauen in der SPD setzen sich für mehr Gleichstellung in der SPD und in der Gesellschaft ein.



Mentees und Mentor*innen vor dem Kreisbüro der SPD Pankow

Foto: Anja Gerecke

Insbesondere die ASF wünscht sich, dass die SPD weiblicher wird. „Ziel ist es,

Frauen den Einstieg in die politische Arbeit zu erleichtern und einen ersten Über-

blick über die Partei SPD zu geben“, sagt Ulrike Rosensky, ASF-Vorsitzende in Pankow.

Jeder Teilnehmerin (Mentee genannt) – wird ein Mentor oder eine Mentorin als feste Ansprechpartner*in zur Seite gestellt. Sie sind Funktions- und Mandatsträger*innen der SPD. Darüber hinaus erhalten die Mentees einen Überblick über die Politik auf Kommunal-, Landes-, und Bundesebene.

So haben die Mentees an einer Tagung der Bezirksversordnetenversammlung teilgenommen und konnten

dabei die politische Arbeit im Bezirk Pankow kennenlernen.

Bei einem Besuch des Berliner Parlaments berichtete die Abgeordnete Clara West über ihre Arbeit als Politikerin. Im Bundestag konnten die Mentees Parlamentensdebatten live miterleben. Die beiden Abgeordneten Cansel Kiziltepe und Klaus Mindrup berichteten zudem über ihre Arbeit im Bundestag.

Aber auch das soziale Miteinander kommt im Mentoring-Programm nicht zu kurz. Schließlich macht

Politik gemeinsam mehr Spaß!

Viele Frauen konnten bereits auf dem Weg in die politische Arbeit in der SPD unterstützt werden. Die Pankower Sozialdemokratinnen wollen daher auch in Zukunft das Mentoring-Programm durchführen. Allerdings muss Frau nicht bis zum nächsten Mentoring-Beginn warten, um bei der SPD aktiv zu werden. Die ASF Pankow trifft sich jeden 3. Donnerstag im Monat und freut sich auf interessierte Frauen.

Anja Gerecke

SCHULZ IST KANZLER

Mit dieser Schlagzeile habe ich Ihre Aufmerksamkeit erhascht. Was sich für einen aufrechten Sozialdemokraten wie die Erfüllung eines lang ersehnten Wunsches anhört, ist für andere ein Albtraum. Kurz nach dem Bekanntgeben der gescheiterten Jamaika-Verhandlungen scheint dieses Szenario jedoch nicht unrealistisch.

Noch am Wahlabend des 24. September hat die SPD bekanntgegeben, dass sie nach vier Jahren Große Koalition in die Opposition gehen werde: um Vertrauen zu gewinnen, um sich neu auszurichten – und um sich personell zu erneuern.

Am 20. November, als die Sondierungsgespräche von Union, Grünen und FDP scheiterten und die politische Stabilität in der Bundesrepublik ins Wanken geriet, verkündet der SPD-Parteivorsitzende erneut, dass seine Partei für eine „GroKo“ nicht zur Verfügung stehe. Standhaft oder trotzig? Authentisch oder naiv? Egoistisch oder staatstragend?

Es kristallisieren sich drei mögliche Optionen heraus: Neuwahlen, Minderheitsregierung oder Große Koalition.

Der Bundespräsident, der selbst jahrzehntlang Ämter und Mandate in der SPD eingenommen hat, mahnt jetzt zur Verantwortung und nimmt die politischen Parteien in die Pflicht. Wer bei Wahlen antrete, dürfe sich nicht einer Regierungsbildung verweigern.

„Opposition ist Mist“ hat ein Sozialdemokrat mal herausposaunt. Aber Formen der Kooperation gehen sicher.

BD

Frauen – rein in die SPD!

Warum Frauen gerade jetzt in die SPD eintreten sollten

Die Parteiarbeit in der SPD kann oft anstrengend sein: Stundenlanges diskutieren in der Ortsgruppe oder sich die Füße in den Bauch stehen am Infostand. Das macht nicht immer Spaß, ist aber notwendig, um Veränderungen herbeizuführen und die Gesellschaft gerechter zu machen. Sicherlich, man kann sich auch in Vereinen oder Bewegungen engagieren, das ist auch wichtig. Doch ohne die Parteien lässt sich nichts verändern.

Politik findet tagtäglich statt. Und wer nicht nur alle vier Jahre gehört werden will, muss sich dort engagieren, wo die politische Willensbildung vorangetrieben wird – in den Parteien.

In der SPD habe ich viele unterschiedliche Menschen kennengelernt. Eine alleinerziehende Genossin, die neben der Kindererziehung noch arbeitet und sich in der SPD engagiert, oder der Ge-



„Die SPD muss weiblicher werden!“, sagt Alexandra Wend und wirbt somit für ein aktives Engagement von Frauen in der Gesellschaft und in der SPD.

Foto: A. Wend

nosse, der im Schichtdienst arbeitet und sich um seine Rente sorgt. Ich hätte sie nicht kennengelernt, wenn

ich nicht der SPD beigetreten wäre und nur in meiner Uni-Filterblase geblieben wäre. Wer der SPD beitrifft,

öffnet sich somit auch der gesamten Gesellschaft.

Und wer sich fragt, ob ein einzelnes Mitglied überhaupt etwas bewirken kann, dem sage ich: Ja!

Die SPD mag einem oft wie ein starres Gebilde vorkommen, jedoch ist sie in ständiger Bewegung. Gerade jetzt nach der Wahlschlappe wird viel diskutiert, Strukturen und Inhalte werden hinterfragt. Also, bringt euch ein!

Der Appell richtet sich insbesondere an Frauen. Denn die SPD war und ist die Partei, die sich für uns Frauen einsetzt. Wir waren stets die Triebfeder, wenn es um Fragen und Gesetze für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ging. Ohne SPD kein Elterngeld. Ohne SPD kein Kita-Ausbau. Zudem haben wir den Mindestlohn eingeführt. Und gerade jetzt, mit dem Einzug der AfD in den Bundestag, gilt es einmal mehr

unsere Rechte zu verteidigen. Denn von den Rechtsradikalen wird der Frau wieder die Rolle der Mutter am Herd zugeschrieben und wieder in Frage gestellt, ob wir über unsere Körper selbst bestimmen dürfen. Da wird die SPD gehalten!

Es gibt viele Möglichkeiten, sich in der SPD einzubringen. Ich persönlich engagiere mich in meiner Ortsgruppe Pankow-Süd, in der wir auch konkret dafür arbeiten, wie unser Kiez für alle lebenswert bleibt.

Eine Herzensangelegenheit ist mir vor allem mein Engagement in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Dort diskutieren wir, wie wir die Gesellschaft für uns Frauen gerechter machen können.

Es ist noch viel zu tun. Deshalb: Packen wir es gemeinsam an!

Liebe Frauen in Pankow: Rein in die SPD!

Alexandra Wend

Parteien sind out & uncool?

Mit den Jusos eintreten für Gerechtigkeit

Was tun für mehr soziale Gerechtigkeit? Echte Solidarität über Grenzen hinweg? Eine offene, bunte und liberale Gesellschaft? Gegen Rechtsruck und Vormarsch von Rechtspopulist*innen und Nazis?

Diese Fragen stellen sich viele junge Menschen nicht erst seit der Bundestagswahl. Und natürlich sind sie nicht einfach zu beantworten. Denn noch nie gab es mehr Möglichkeiten, seine Ideen für ein gutes Zusammenleben in unserer Gesellschaft einzubringen als heute. Für fast jedes Anliegen gibt es Online-Plattformen, Initiativen, Bündnisse und Vereine – viele sind aus der politischen Landschaft kaum noch wegzudenken, andere

bieten kaum über Klick-Aktionismus hinausgehende Möglichkeiten. Diesem vielfältigen, wachsenden und kaum überschaubaren Angebot steht eine ebenfalls zunehmende Individualisierung gerade bei jungen Menschen gegenüber.

Nach wie vor sind es aber vor allem die Parteien, in denen dauerhaftes und vor allem wirksames politisches Engagement in seiner ganzen Vielfalt möglich ist. Die Spannweite reicht von der Debatte politischer Grundsatzzfragen über lokale Belange, die Formulierung von politischen Forderungen und ihre praktischen Umsetzung bis hin zu Wahlkampf und Bündnisarbeit über Parteigrenzen hinweg.

Für junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren sind wir Jusos (Jungsozialist*innen) in der SPD dafür die richtige Anlaufstelle. Auch im SPD-Kreisverband Pankow sind wir sehr aktiv und stark vertreten. Der beste Weg, um einen Einblick in unsere vielfältige politische Arbeit zu bekommen, ist bei einer unserer Mitgliederversammlungen vorbeizuschauen und uns einfach anzusprechen. Die Treffen sind offen für alle Interessierten. Wir freuen uns auf dich!

Ausführliche Infos zu unserer Arbeit und eine Terminübersicht findest du auf unserer Webseite.

www.jusos-pankow.de

PARTEIEN NUR FÜR POLITIKER?

Ich gebe zu: Ich habe mich lange schwergetan, in eine Partei einzutreten. Aber als politisch interessierter Bürger sah ich keine andere Möglichkeit. Als links habe ich mich schon immer gesehen. Und seit ich den Schritt 2011 gegangen bin, in die stärkste linke Partei einzutreten, habe ich es auch nicht bereut.

Die Vielfalt an Biografien in der Partei ist toll. Was mich auch überrascht hat: Die wenigsten sind eigentlich Berufspolitiker. Die Basis sind viele sehr engagierte Menschen, die ein gemeinsames Ziel haben: Unseren Bezirk, unsere Stadt und unser Land besser und offener zu gestalten.

Dies tun wir in nicht immer einfachen, aber sehr

lebendigen Diskussionen in unseren Abteilungen. Die dort verabschiedeten Anträge und Themen werden dann im Bezirk, im Land oder auch im Bund weiterdiskutiert, verabschiedet und haben so Einfluss auf unser Leben.

Die unterschiedlichen Lebenswege und beruflichen Hintergründe der Mitglieder geben den Diskussionen die unterschiedlichsten Richtungen. Das ist für mich ein sehr spannender Prozess, denn es spiegelt die gelebte Demokratie wider. Alle können mitreden und abstimmen, nicht nur „die da oben“.

Ich habe nun mein vorflixtes 7. Jahr mit der Partei hinter mir – von Katerstimmung keine Spur!

R. Kühn

Kommunalpolitik – mittendrin und voll dabei

Als Gregor Kijora in die SPD eingetreten ist, hatte er mit Kommunalpolitik nicht viel am Hut

Mit meinem Einstieg in die politische Arbeit habe ich schnell gemerkt, wie wichtig kommunale Themen sind, dass die meisten Probleme vor der eigenen Haustür beginnen und die Zufriedenheit der meisten Menschen stark vom eigenen Lebensumfeld abhängt. Heute bin ich Kommunalpolitiker mit Leib und Seele und versuche meinen Heimatbezirk Pankow so gut wie möglich mitzugestalten.

Pankow wächst und ist momentan der dynamischste Bezirk Berlins. Diese



Gregor Kijora ist Verordneter in der BVV Pankow und setzt sich gegen den Tegel-Fluglärm ein.

Foto: B. Darkow

Umbrüche zu lenken und zu bewältigen, ist Aufgabe der Kommunalpolitik. Nur

vor Ort werden Probleme kurzfristig erkannt. Lösungen können schnell umge-

setzt werden. Nur vor Ort ist die Politik mitten im Geschehen. Nur vor Ort ist der Kontakt zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Politik unmittelbar.

Trotz knapper Kassen ist der Bezirk aber vor die Aufgabe gestellt, die Angebote für die wachsende Bevölkerung auszubauen. Schulen, Bibliotheken, Stadtteilzentren, medizinische Dienste, Musik- und Volkshochschulen, Sportanlagen und Parks in Pankow müssen erhalten und gepflegt werden. Viele Vereine in der Kultur-, Senioren- oder Jugendarbeit

benötigen Unterstützung, um ihr Angebot für die Pankower*innen zu erweitern.

Zusätzlich haben wir die Aufgabe, das Wachstum zu lenken und auf die Verträglichkeit für den Bezirk zu achten. Verkehr und die Infrastruktur müssen für die wachsenden Gebiete geplant werden. Ein Großteil der Arbeit der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung befasst sich genau mit diesen Aufgaben.

Neben diesen großen Aufgaben gibt es aber auch immer wieder „kleine“ Projekte, die oft durch Hinweise

aus der Bevölkerung entstehen. In den letzten sechs Jahren habe ich mich so persönlich um Fußgängerüberwege vor Schulen, die Sicherheit an Tram-Haltestellen, das Sonntagskaraoke im Mauerpark, Denkmäler und die Pankower Parkplatzsituation gekümmert.

An eine Sache muss man sich aber auch gewöhnen. Wehe, wenn Freunde oder Familie ein Schlagloch vor der eigenen Haustür haben. Man kann sich gar nicht vorstellen, wie beliebt die eigene Handynummer plötzlich ist.

Gregor Kijora